

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 28.11.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Bestellung einer Schriftführerin und eines Vertreters
Vorlage: 955/2013
2. Einführung eines Sozialmonitorings im Kreis Heinsberg
Vorlage: 768/2013
3. Bericht über die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: 769/2013
4. Beratung von Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schulentwicklung
Vorlage: 960/2013
5. Sachstandsbericht zur kommunalen Umsetzung der UN-Konvention "Inklusion" als Grundlage für die Erarbeitung eines Aktionsplanes
- Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 961/2013
6. Beratung über die Bestellung zusätzlicher beratender Mitglieder
Vorlage: 956/2013
7. Sachstandsbericht über die Arbeit des Runden Tisches zum kreisweiten Schulentwicklungsplan
Vorlage: 957/2013
8. Bericht über die Einrichtung einer Kreiskulturkonferenz
Vorlage: 958/2013
9. Bericht über die Durchführung des Sportunterrichts nach dem Brand im Schul- und Sportzentrum
Vorlage: 959/2013
10. Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten durch die Vereine im Ortsteil Bauchem
11. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Herr Dr. Joachim Möhring

Mitglieder

2. Herr Hans-Jürgen Benden
3. Frau Tanja Bodewig
4. Herr Uwe Eggert
5. Frau Theresia Hensen
6. Herr Michael Kappes
7. Herr Stefan Kassel
8. Herr Wilfried Kleinen
9. Herr Bernhard Kozikowski
10. Herr Christian Kravanja
11. Herr Hans-Josef Paulus bis TOP 4c)
12. Frau Renate Schlegel
13. Frau Ruth Thelen
14. Frau Marlis Tings

Sachkundige/r Bürger/in

15. Herr Christoph Grundmann
16. Herr Heinz-Peter Kravanja
17. Herr Frank Paulus
18. Herr Dr. Wilfried Plum
19. Herr Björn Speuser
20. Herr Max Weiler
21. Herr Siegfried Winands ab TOP 2
22. Frau Birgit Zühlsdorff

von der Verwaltung

23. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler
24. Herr I. Beigeordneter Herbert Brunen
25. Herr Gort Houben
26. Herr Wilfried Schulz bis TOP 3
27. Frau Irmtrud Penners als Schriftführerin

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Bestellung einer Schriftführerin und eines Vertreters Vorlage: 955/2013

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Frau Irmtrud Penners wird als Schriftführerin für den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur und Herr Detlef Kerseboom als Vertreter bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	21
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 2 Einführung eines Sozialmonitorings im Kreis Heinsberg Vorlage: 768/2013

Der Leiter der Stabsstelle Demografie beim Kreis Heinsberg, Herr Volkhart Dörr, stellte in einem Vortrag die Vorgehensweise und die Bedeutung eines Quartiermanagements zur Daseinsvorsorge und zur Stabilisierung des Sozialsystems vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dar.

Der Inhalt des Vortrags ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Vorsitzender Dr. Möhring begrüßte die Einführung des Sozial-Monitorings für den Kreis Heinsberg.

Frau Tings sah die Schaffung barrierefreien Wohnraums als eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft.

TOP 3 Bericht über die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Vorlage: 769/2013

Herr Schulz berichtete über die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Hinsichtlich der Einzelheiten sei auf die beigefügte Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Frau Thelen äußerte Bedenken hinsichtlich der gemeinsamen Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen.

Dr. Möhring befand es als traurig, dass im Obdachlosenheim sich auch Familien mit Kindern befänden, die wegen anhaltender Arbeitslosigkeit auf eine dortige Unterbringung angewiesen wären.

Herr Benden appellierte, nicht nur die Kosten zu sehen, die Asylbewerber verursachen, sondern auch den einzelnen Menschen. Die Einführung einer Einzelfalldeckung auch in NRW sei zu begrüßen.

Unter den Asylbewerbern befänden sich 18 Kinder, die der Schulpflicht unterlägen. Es solle möglichst davon abgesehen werden, Obdachlose und Asylbewerber in einer Unterkunft gemeinsam unterzubringen, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass sich auch unter den Obdachlosen Rechtsradikale befänden. Gerade wegen der jüngsten Vorkommnisse, an der die Stadtverwaltung keinerlei Schuld trage, müsse sensibel mit dem Thema umgegangen werden.

Auf Nachfrage bestätigte Herr Schulz, dass mit der Sanierung der Obdachlosenunterkunft in Kogenbroich eine spürbare Entlastung erfolgen würde.

Herr Brunen erwähnte, hinsichtlich der Anzahl der Asylbewerber sei eine dramatische Steigerung zu verzeichnen. Ein Ende der Steigerung sei nicht absehbar. Die Steigerung von 25 auf 90 Asylbewerber habe die Stadt bereits aufgefangen. Es reiche aber nicht, künftige Asylbewerber lediglich unterzubringen, die Unterbringung müsse auch sozialverträglich gestaltet werden.

TOP 4 Beratung von Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schulentwicklung Vorlage: 960/2013

Dr. Möhring stellte fest, dass die Unterpunkte **a) und b)** durch die Verwaltungsvorlage beantwortet wurden.

Zu c) und d):

Herr Benden erläuterte die Intention des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Eltern von Kindern mit einer Hauptschulempfehlung seien gezwungen, auf der Suche nach einer geeigneten Schule mit ihren Kindern durch den Kreis zu touren. Dies sei eine Folge der in Geilenkirchen herrschenden Situation, dass hier tatsächlich kein dreigliedriges Schulsystem mehr vorhanden sei. Betroffen seien auch Kinder, die den Anforderungen der Realschule nicht gerecht werden könnten und damit ebenfalls durch das Raster fielen. Dem müsse Rechnung getragen und eine Lösung gefunden werden. Die Schulplanung für die nächsten Jahre müsse den in Geilenkirchen herrschenden Tatsachen angepasst werden. Das Ausschussmitglied appellierte, die Problematik nicht zum Wahlkampfthema zu machen, sondern der Ausschuss möge zugunsten der betroffenen Kinder und ihrer Eltern entscheiden. Herr Benden beauftragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Ausschuss möge beschließen, die Stadtverwaltung zu beauftragen, mit einer Nachbarkommune eine Kooperation da-

hingehend zu schließen, dass Geilenkirchener Schüler in der dortigen Hauptschule beschult werden könnten.

Herr Kassel nahm für die FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausführlich Stellung. Die Stellungnahme ist in der beigefügten Anlage dargestellt.

Herr Kravanja sprach sich dagegen aus, ein bestehendes Problem gegen ein neues zu tauschen. Wenn Schüler mit eingeschränkter Realschulempfehlung nicht mehr an der Realschule beschult würden, schwäche man die Realschule, so dass deren Bestand gefährdet würde. Es stelle sich dann die Frage, wo man die Realschüler künftig beschule. Er selbst halte das dreigliedrige Schulsystem für das richtige. Jedoch seien die Entscheidungen gegen das System nicht in Geilenkirchen getroffen worden, sondern bereits vor Jahren in Düsseldorf. Die Realschule habe über Jahrzehnte gute Arbeit geleistet. Sie sei es daher wert erhalten zu bleiben. So wünschenswert die Schließung eines freiwilligen Kooperationsvertrags mit einer benachbarten Kommune sei, müsse doch bedacht werden, dass die Stadt sich im Haushaltssicherungskonzept befinde.

Frau Thelen gab zu bedenken, dass Schüler, die die Realschule verlassen müssten, auch in einer Hauptschule beschult werden müssten. Die Diskussion zeige wieder einmal, dass Hauptschüler, die ohnedies schon immer das schwächste Glied im dreigliedrigen Schulsystem waren, heute keine Lobby hätten.

Herr Brunen antwortete, die von Frau Thelen aufgezeigte Problematik treffe immer wieder Kinder, die die Schullaufbahn nicht schafften und deswegen aufgefangen werden müssten. Er erinnerte an die Gesetzeslage, wonach die Nachbarkommunen, die eine Hauptschule unterhielten, verpflichtet seien, Geilenkirchener Hauptschüler in dieser Schule aufzunehmen. Es stelle sich daher die Frage, warum die Stadt angesichts der eindeutigen Gesetzeslage eine freiwillige und kostenintensive Kooperation eingehen solle.

Herr Kappes schloss sich seitens der CDU-Fraktion den Ausführungen Herrn Kravanas an. Die CDU-Fraktion mache es sich auch nicht leicht, lehne aber den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, weil die dort aufgezeigte Problematik bereits gesetzlich geregelt sei.

Herr Benden appellierte nochmals an die Ausschussmitglieder, die Angelegenheit nicht als Wahlkampfthema zu sehen. Der derzeitige Zustand sei für die Hauptschüler und ihre Eltern untragbar. Der Hinweis die Lösung der Problematik sei gesetzlich geregelt, beseitige nicht die Not der Eltern. Bereits jetzt sei es schwierig für Schüler, die die Realschule verlassen müssten, an einer geeigneten Hauptschule unterzukommen. Die Art wie die Probleme der Eltern ignoriert würden, sei beschämend für den Ausschuss.

Frau Tings erinnerte daran, dass Förderschüler aus Geilenkirchen nach Gangelt fahren müssten, um dort eine Förderschule zu besuchen. Herr Benden habe sich seinerzeit für den Standort Gangelt und gegen den Standort Geilenkirchen ausgesprochen.

Dr. Möhring rief unter Hinweis auf die Geschäftsordnung zur Abstimmung auf.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Bildung einer Schulkooperation mit einer benachbarten Kommune wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	2
Nein:	19
Enthaltung:	1

**TOP 5 Sachstandsbericht zur kommunalen Umsetzung der UN-Konvention "Inklusion" als Grundlage für die Erarbeitung eines Aktionsplanes
- Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 961/2013**

Herr Brunen führte aus, die UN-Behindertenrechtskonvention vom 13.12.2006 sei in der Bundesrepublik Deutschland nach der Ratifizierung seit dem 26.03.2009 in Kraft. Ziel sei es die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen des täglichen Lebens zu ermöglichen. Dies sehe auch Art 3 des Grundgesetzes, das Behindertengleichstellungsgesetz und das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz so vor. Am 16. Oktober habe der Düsseldorfer Landtag das Inklusionsgesetz mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz beschlossen. Damit hätten ab dem kommenden Schuljahr 2014/15 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen Anspruch auf gemeinsamen Unterricht mit Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Die Eltern und Erziehungsberechtigten könnten somit wählen, ob ihre Kinder an einer Regelschule gemeinsam mit Schülern ohne Beeinträchtigung unterrichtet werden oder eine Förderschule besuchen sollten. Dies würde Auswirkungen sowohl für die Regelschulen als auch für die Förderschulen haben. Derzeit fänden Abstimmungsgespräche sowohl auf der Ebene der Schulträger als auch auf der Ebene der Schulleitungen statt.

Dr. Möhring erwähnte, die Schullandschaft werde sich künftig ändern. Die Anzahl der Förderschulen werde sich verringern. Aber auch ohne Inklusion werde die Schüleranzahl sich verringern.

Herr Kravanja stellte fest, dass die Inklusion zu einem Schwerpunktthema für die nächsten Ausschusssitzungen würde. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung sich in der Lage sehe, zu einer der nächsten Sitzungen den von der SPD-Fraktion im Antrag angefragten Sachstandsbericht vorzutragen.

Herr Benden wies darauf hin, dass die nächste Ausschusssitzung erst in einem halben Jahr statfinde. Die Verwaltung habe somit genug Zeit, um den Sachstandsbericht vorzubereiten.

Herr Kravanja entgegnete, er wolle den Druck herausnehmen. Es mache keinen Sinn, die Erstellung des Berichts zu beschleunigen und damit die Verwaltung unter

Druck zu setzen. Die Thematik gebiete es, dass der Gründlichkeit der Vorzug zu geben sei.

Frau Tings schloss sich den Ausführungen Herrn Kravanjas an.

Herr Eggert wies darauf hin, dass zwischen den regulären Sitzungen noch weitere eingeschoben werden könnten.

Herr Brunen erklärte, die Verwaltung werde zum jeweiligen Stichtag den entsprechenden Sachstand berichten, unabhängig davon, wann der Stichtag sein werde.

Herr Kappes meinte, das Thema werde den Ausschuss noch mehrfach beschäftigen. In einer einzigen Sitzung werde es nicht abgehandelt werden können.

Dr. Möhring regte an, den Sachstandsbericht über die Umsetzung der UN-Konvention „Inklusion“ in jeder Ausschusssitzung zur Tagesordnung zu setzen.

Herr Eggert erklärte sich seitens der SPD-Fraktion damit einverstanden.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Der Ausschuss beschloss, der Ausschussvorsitzende möge den Sachstandsbericht der Verwaltung über die Umsetzung der UN-Konvention „Inklusion“ in jeder Ausschusssitzung zur Tagesordnung setzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja:	21
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 Beratung über die Bestellung zusätzlicher beratender Mitglieder

Vorlage: 956/2013

Herr Brunen erläuterte, alle Schulleiter stünden dem Vorschlag positiv gegenüber. Allerdings sei die Bestellung der Schulleiter als Ausschussmitglieder rechtlich nicht unproblematisch.

Frau Thelen zeigte sich beeindruckt, dass trotz der aus ihrer Sicht negativen Verwaltungsvorlage die Schulleiter einer Mitarbeit im Ausschuss positiv gegenüber stünden.

Herr Kravanja äußerte sich positiv zum Vorschlag. Allerdings stelle sich die Frage, wie man ihn rechtlich regeln könne. Er richtete die Frage an die Verwaltung, ob die Möglichkeit bestünde, die Schulleiter zu den Ausschusssitzungen einzuladen.

Herr Brunen antwortete, die Gemeindeordnung kenne die Konstrukte der sachkundigen Bürger mit Stimmrecht im Ausschuss und der sachkundigen Einwohner ohne Stimmrecht. Bei beiden müsse man Geilenkirchener Bürger sein. Daneben gebe es auch die Möglichkeit Schulleiter als Sachkundige einzuladen.

Frau Thelen warf ein, in andern Kommunen sei das auch möglich, so auch im hiesigen Jugendausschuss.

Herr Brunen antwortete hierauf, für den Jugendausschuss gebe es eine spezielle Norm. Hier sei es vorgesehen und gewollt, dass Schulleiter an den Sitzungen teilnehmen sollten.

Frau Tings sprach sich dafür aus, die Schulleiter zu allen Ausschusssitzungen einzuladen.

Herr Brunen wies darauf hin, dass viele Schulleiter von sich aus als Zuhörer an den Ausschusssitzungen teilnähmen.

Dr. Möhring stellte den Vorschlag, die Schulleiter zu allen Ausschusssitzungen einzuladen zur Abstimmung.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Die örtlichen Schulleiter werden künftig zu allen Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur eingeladen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 Sachstandsbericht über die Arbeit des Runden Tisches zum kreisweiten Schulentwicklungsplan Vorlage: 957/2013

Herr Brunen berichtete es sei im Mai 2010 ein runder Tisch zur kreisweiten Schulentwicklungsplanung unter Federführung des Kreises unter Beteiligung aller Schulträger mit jeweils einem Vertreter aus Politik und Verwaltung gebildet worden.

Seitdem hätte sich die Schullandschaft im Kreis Heinsberg vielfach verändert: die Gesamtschulen Gangelt/Selfkant, Hückelhoven und Heinsberg sowie die Sekundarschule Waldfeucht-Haaren wurden gebildet, Hauptschulen hingegen seien aufgelöst worden. Ein künftiges Schwerpunktthema sei die Entwicklung der Förderschulen im Kreis im Zuge der Umsetzung der Inklusion. Die Treffen der Mitglieder des Runden Tisches fänden jeweils im halbjährlichen Rhythmus statt. Das nächste Treffen erfolge zu Beginn des nächsten Jahres.

Herr Kassel befand, in dieses Gremium gehöre auch die Beratung der Problematik, die sich für die Hauptschüler aus der Schließung der Hauptschulen ergebe.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen des Beigeordneten Herrn Brunen zur Kenntnis.

**TOP 8 Bericht über die Einrichtung einer Kreiskulturkonferenz
Vorlage: 958/2013**

Herr Houben berichtete, mit der Kreiskulturkonferenz sei ein neues Gremium gebildet worden, in dem Schwerpunktthemen besprochen werden sollten, wie z. B. kulturelle Vernetzungen. Er selbst sei sehr gespannt auf die erste Sitzung. Die Teilnehmer der Sitzung seien benannt. Weitere Informationen lägen ihm aber noch nicht vor.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen Herrn Houbens zur Kenntnis.

**TOP 9 Bericht über die Durchführung des Sportunterrichts nach dem Brand
im Schul- und Sportzentrum
Vorlage: 959/2013**

Herr Houben erinnerte an das Bürgergespräch in der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule mit der Fa. Altenburg. Aktuell würden nunmehr erste planerischer Konzeptionen für die Neuerrichtung des Hallenbades entwickelt. Weiter führte er aus, dass seit dem 16.11.2013 der Vereinssport in der Turnhalle wieder möglich sei. Probleme gebe es bsw. hinsichtlich der Umkleiden in der Turnhalle. Hier sei man mit den örtlichen Vereinen im Gespräch.

Auf die entsprechende Frage von Herrn Kassel antwortete Herr Houben, dass in Gesprächen mit dem Stadtsportverband die im Zuge der teilweisen Erneuerung des Bodenbelags der Turnhalle aufgetretenen Probleme diskutiert wurden.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen Herrn Houbens zur Kenntnis.

**TOP 10 Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich
der Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten durch die Vereine im Ortsteil
Bauchem**

Herr Benden führte aus, in Bauchem fehlten Sozialräume. Dies führe zu Problemen für den Musikverein, den Taubenverein, die Schützen und weitere Vereine. Durch den anstehenden Abriss der Pfarrzentrum werde sich die Situation verschärfen. Es biete sich daher an, zu überlegen, ob mit der Neuerrichtung des Hallenbades Abhilfe geschaffen werden könne. Auch Bauchem habe soziale Brennpunkte. Umso wichti-

ger wäre die Unterstützung der örtlichen Vereine. Die Bauchemer Interessenvertreter würden den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen.

Herr Kravanja erinnerte daran, dass sich die Stadt im Haushaltssicherungskonzept befinde. Sicher sei die Situation für Bauchemer Vereine schwierig und man werde das Gespräch mit ihnen suchen um eine Lösung zu finden. Die Bauchemer Vereine seien durchaus in der Lage von sich aus das Gespräch mit der Verwaltung zu suchen. Allerdings müsse alles, was zusätzliches Geld koste, abgelehnt werden. Alles andere sei Heuchelei. Eventuell könne für die Bauchemer doch etwas gebaut werden, wenn ihre Mitglieder zur Eigenleistung bereit seien.

Herrn Benden warf ein, die Bauchemer Vereine hätten ihre Bereitschaft zur Eigenleistung bereits signalisiert.

Herr Eggert vertrat die Ansicht, auch wenn sich die Stadt im Haushaltssicherungskonzept befinde, müsse man auf die Bauchemer Bürger zugehen.

Herr Kravanja meinte, die Vereine könnten auch gemeinsam mit der Verwaltung nach einer geeigneten Lösung suchen. Dazu bedürfe es nicht der Beteiligung des Ausschusses.

Herr Weiler stimmte zu, mit den Vereinen müssten kurzfristige Lösungen gefunden werden, die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes möglich wären. Alles andere wäre Zukunftsmusik.

Herr Kassel regte an, alle Bauchemer Vereine zu einem Gespräch zu laden.

Herr Houben wies darauf hin, dass in Bauchem tatsächlich keine räumlichen Kapazitäten mehr vorhanden wären. Auch der Bereich der GGS sei ausgeschöpft. Erst recht sei kein Objekt frei, das einen kleinen Tresen beinhalte. Unter den gegebenen Umständen tue er sich schwer damit, die Vereine einzuladen und keine Alternativen anbieten zu können.

Herr Kleinen regte an, über die Vorschläge aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getrennt abzustimmen.

- a) Der Ausschuss beschloss mit 15 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und 5 Nein-Stimmen die Verwaltung zu beauftragen, eine Bedarfsanalyse für die Nutzung der öffentlichen Räume durch Vereine in Bauchem zu erstellen.
- b) Mit 17 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und 3 Nein-Stimmen beschloss der Ausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, alle Bauchemer Vereine und Interessengruppen zu einem Gespräch mit Vertretern von Rat und Verwaltung einzuladen.
- c) Mit 17 Ja- und 4 Nein-Stimmen beschloss der Ausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, zur Vorbereitung des Gespräches eine Bestandsaufnahme der

öffentlich für Vereine und Interessengruppen nutzbaren Gebäude zu erstellen und vorzulegen

Abstimmungsergebnis:

a)

Ja:	15
Nein:	5
Enthaltung:	1

b)

Ja:	17
Nein:	3
Enthaltung:	1

c)

Ja:	17
Nein:	4
Enthaltung:	0

TOP 11 Verschiedenes

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um: 20.22 Uhr

Vorsitzender

Schriftführerin

:



Dr. Joachim Möhring

Irmtrud Penners